

„Wie stellt man das Thema Recht modern dar?“

Zwei Agenturen und ein Institut tüfteln an Ideen für den Bau des geplanten „Forums“ in Karlsruhe

Von unserem Redaktionsmitglied
Theo Westermann

Karlsruhe. Nach zwei viel beachteten Veranstaltungen in Karlsruhe und Berlin vermeldet der Initiativkreis für ein „Forum Recht“ viele „Unterstützungssignale“ – „sowohl aus allen Parteien als auch beispielsweise aus verschiedenen Büros von Bundes- sowie Landesministerien“, so Elke Sieber, Leiterin der Koordinierungsstelle „Forum Recht“. Der ehemalige Präsident des Bundesgerichtshofs (BGH) Günter Hirsch, selbst Initiativkreis-Mitglied, hat die Aufgabe übernommen, in Berlin Gespräche zu führen.

„Dabei merkt man, dass Berlin langsam auf Wahlkampfmodus umgestellt hat und zugleich auch ein gespanntes Abwarten herrscht, was die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie im Herbst betrifft. Sobald sich nach der Bundestagswahl die Personalbesetzungen abzeichnen und die für das Vorhaben wichtige Ansprechpartner im Haushalts-, aber auch Rechtsausschuss feststehen, können wir weiter aktiv für unser Vorhaben werben“, sagte Elke Sieber den BNN.

Noch gibt es viele Fragen zu klären, eine nicht ganz unbedeutende entscheidet sich konkret am Jahresende. Nämlich die, ob am Tunnelbauwerk in der Kriegsstraße zur Entlüftung ein bis zu 20 Meter hoher Kamin gebraucht wird – genau an der Stelle, an der das „Forum Recht“ angedacht ist.

Seit Ende 2016 ist die Idee eines modernen Informations-, Dokumentations-

und Kommunikationszentrum öffentlich. Es soll zeigen, wie das Recht dafür sorgt, dass Demokratie funktioniert. Wurzeln hat diese Idee in der Bewerbung Karlsruhes als Kulturhauptstadt Europa. Wolfgang Grether, Architekt und einstiger Leiter des Staatlichen Hochbauamts, ist der „Baufachmann“ im Initiativkreis. Für ihn gibt es zwei Szenarien: Entweder man braucht den Entlüftungskamin nicht, dann ist alles gut. „Oder die Kasig braucht ihn, dann müssen wir ihn vorsehen.“ Das heißt, in ein zu bauendes „Forum Recht“ muss der Kamin integriert werden. Grether ist aber sicher, dass dies machbar ist und geht sogar von eleganten Lösungsmöglichkeiten aus. „Besser wäre es natürlich, wenn er nicht kommt“. Als die Kaminpläne vor vier Jahren erstmals auf-

tauchten, hatte dies zu scharfer Kritik vieler Bürger und des damaligen BGH-Präsidenten Klaus

Tolksdorf an der Stadt geführt – lange vor Plänen für ein „Forum Recht“.

200 000 Euro hat der Bund für die Machbarkeitsstudie zur Verfügung gestellt. Zwei Agenturen arbeiten nun daran, nämlich TRIAD und bogner.knoll. Die Berliner Agentur TRIAD gestaltet seit 1994 weltweit Ausstellungen, Museen, Themenparks, Messen, Markenwelten und Events. „TRIAD versteht sich als Think & Do Tank, der Geschichten in Räume übersetzt – und Information in Emotion. TRIAD setzt abstrakte Ideen in konkrete Erlebnisse um.“ heißt es auf der Homepage. Die Kundenliste liest sich wie das Who-is-Who deutscher Unternehmen, von Daimler über Sie-



DER ALTE VERHANDLUNGSSAAL auf dem BGH-Areal stammt aus den 1950er Jahren. Der damals als abhörsicher angelegte Saal steht heute unter Denkmalschutz und soll in ein „Forum Recht“ einbezogen werden.
Foto: Artis

mens bis zur Deutschen Post ist alles dabei, auch die Stiftung des DFB für das Deutsche Fußballmuseum. Aktuelles Projekt: Zur Eröffnung des ICE-Knotens Erfurt im Dezember 2017 soll ein Forum unter dem Slogan „360 Grad – Thüringen digital“ an den Start gehen. Die Macher von „Forum Recht“ erwarten Expertise in folgender Frage: „Wie stellt man so etwas wie das Thema Recht modern aus,“ formuliert es Wolfgang Grether.

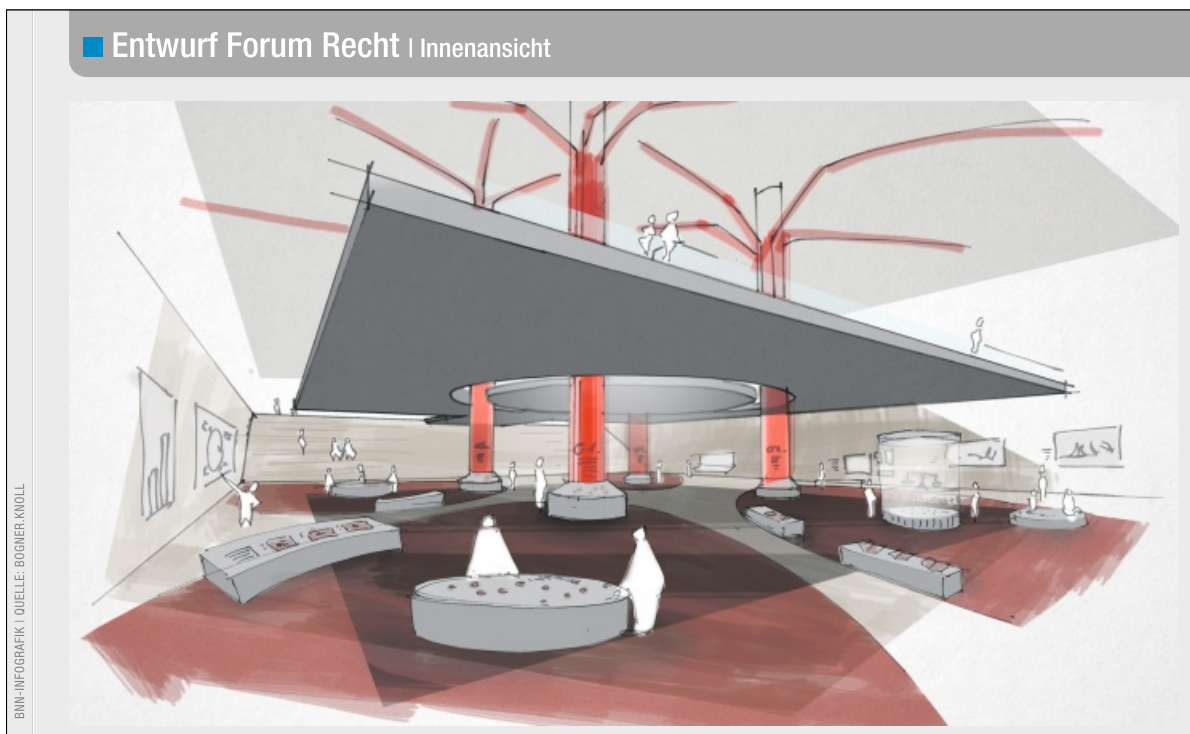
Wie viel Fläche man für ein „Forum Recht“ benötigt und wie man es sinnvoll gliedert – Antworten auf diese Frage erwartet man sich aus Wien. Das Büro bogner.knoll hat sich national wie international als Spezialist für Museumsplanung und Ausstellungskonzeption etabliert. bogner.knoll leitet und begleitet Planung und Errichtung von Museumsbauten, Be-

treuung der Neuaufstellung von Sammlungen und inhaltliche Entwicklung wie organisatorische Umsetzung von Ausstellungsprojekten.

Referenzprojekte sind beispielsweise Beratungen für das Kantonale Kunstmuseum in Lausanne, das Bündner Kunstmuseum in Chur und das Deutsche Museum in München. Vom bogner.knoll stammt die erste Skizze, wie ein derartiges Museum aussehen könnte. Laut Dieter Bogner könnte dieses aus drei Räumen bestehen, einem Forum für die Diskussion, einer „Kontakt- und Vermittlungszone“ und einem „virtuellen Raum“.

Als dritter Ratgeber kommt das Institut für Zeitgeschichte in München ins Spiel. Von dort erwartet sich der Initia-

tivkreis eine Einschätzung, welche Zeitspanne man in einem „Forum Recht“ darstellt oder wie man es auch international abgrenzt. Wie das Gebäude für das „Forum Recht“ allerdings aussehen wird, wenn es einmal alle Hürden genommen hat, soll ein öffentlicher Wettbewerb ergeben. Klar ist aber, dass der unter Denkmalschutz stehende ehemalige Verhandlungssaal neben dem Schellinggebäude auf dem BGH-Areal zentraler Bestandteil werden soll. Der fensterlose Saal wurde eigens Ende der 1950er Jahre für Spionageverfahren gebaut, er galt – nach dem damaligen Stand der Technik – zu seiner Bauzeit als abhörsicher und atmet durch die Atmosphäre der ersten Dekaden der jungen Bundesrepublik.



KÜHNE GESTALTUNGSIDEEN: Das international tätige Büro bogner.knoll aus Wien hat erste Entwürfe für das ambitionierte Vorhaben vorgelegt.

Laute Rufe nach Pressefreiheit

Cumhuriyet-Prozess gestartet / Türkei zieht Terrorverdachts-Liste zurück

Von unserer Korrespondentin
Susanne Güsten

Istanbul. Hunderte Demonstranten fordern Pressefreiheit und lassen vor dem riesigen Justizpalast im Istanbul Stadtteil Caglayan bunte Ballons in den sommerblauen Himmel aufsteigen. Parlamentarier aus Ankara und Europa sowie Vertreter türkischer und internationaler Journalistenverbände sind erschienen und im Gerichtsgebäude drängen sich die Zuschauer auf den Gängen, um einen der 150 Plätze im Verhandlungssaal zu ergattern: Als in Istanbul der Prozess gegen Journalisten der angesehenen Oppositionszeitung „Cumhuriyet“ beginnt, herrscht zeitweise der Eindruck, dass in dem Verfahren nicht die Medienvertreter, sondern die Regierung von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan auf der Anklagebank sitzt.

Einer dieser Momente kommt gegen Mittag. Der wie seine Kollegen als angeblicher Terrorhelfer angeklagte „Cumhuriyet“-Kolumnist Kadri Gürsel hält seine Verteidigungsrede. Die Anklage wirft Gürsel und den anderen Vertretern der säkularistischen Zeitung vor, mit der islamischen Bewegung des Predigers Fethullah Gülen den Sturz Erdogans betrieben zu haben. „Cumhuriyet“ habe gegen Erdogan Stimmung gemacht.

Lächerlich, entgegnet Gürsel – und spricht eine Tatsache aus, die in diesen Tagen in der Türkei häuften nur hinter vorgehaltener Hand erwähnt wird. Vor nicht allzu langer Zeit sei Erdogan noch mit Gülen verbündet gewesen, betont

der Journalist. Er selbst habe in seinen Kolumnen kritisch auf diese Zusammenarbeit hingewiesen und auf die daraus erwachsenden Gefahren für Erdogans Regierungspartei AKP hingewiesen. Wer wolle, könne das alles nachlesen.

Dass der Richter diesem Rat folgt, ist fraglich. Denn heute will Erdogan von dem früheren Bündnis mit Gülen nichts mehr wissen. Dafür verfolgt seine Regierung kritische Geister jeder Couleur mit dem Vorwurf der Mausehelei mit dem Prediger. Und die Justiz macht mit, sagen Kritiker. Einer der von der Staats-

Erdogans Vorwurf: Mausehelei mit Gülen

anwaltschaft bestellten Gutachter, die „Cumhuriyet“ staatszersetzende Tendenzen vorwerfen, trete in sozialen Netzwerken offen als Bewunderer von Erdogan auf, sagt Akin Atalay, der ebenfalls angeklagte Geschäftsführer des Blattes.

Atalay und Gürsel gehören zu den zwölf Angeklagten, die seit teilweise neun Monaten in Untersuchungshaft sitzen. Beim Prozessauftakt darf Gürsel nicht einmal seinen elfjährigen Sohn umarmen. In einer Verhandlungspause winken Unterstützer und Familienangehörige den Angeklagten im Gerichtssaal aus der Distanz zu.

Gürsel ist der erste der insgesamt 17 Angeklagten, die in den nächsten Tagen vor Gericht aussagen sollen; gegen den nach Deutschland geflohenen Ex-Chef-

redakteur von „Cumhuriyet“, Can Dündar, wird in Abwesenheit verhandelt. Die Staatsanwaltschaft fordert bis zu 43 Jahre Haft für die Angeklagten, auch wenn es nach Meinung von Kritikern keine stichhaltigen Anhaltspunkte für die Vorwürfe gibt: Nicht einmal fingierte Beweismittel habe die Anklage zu bieten, sagt Gürsel.

Den Rest der Woche will das Gericht mit der Befragung der Angeklagten und den Vorträgen von Staatsanwaltschaft und Verteidigern verbringen. Am Freitag könnte dann der erste spannende Moment des Verfahrens bevorstehen: Die Richter müssen über Anträge der Angeklagten auf vorläufige Haftentlassung entscheiden. Werden die Anträge abgewiesen, müssen Gürsel und die anderen noch mindestens bis zum September hinter Gittern bleiben, weil die türkische Justiz erst einmal in die Sommerpause geht. Dass die beschuldigten Journalisten eine Chance auf Freiheit haben, glauben nur wenige.

Unterdessen hat die Türkei die umstrittene Liste mit knapp 700 terrorverdächtigen deutschen Unternehmen wieder zurückgezogen. Der türkische Innenminister habe in einem Telefonat mit seinem deutschen Kollegen de Maizière von einem „Kommunikationsproblem“ gesprochen. Er habe versichert, dass weder türkische Behörden in der Türkei noch in Deutschland gegen Unternehmen ermittelten, die auf einer Liste aufgeführt worden seien. Die Interpol-Stelle in Ankara habe die ursprüngliche Bitte an das BKA „förmlich zurückgezogen“, zu diesen Unternehmen verschiedene Informationen zuzuliefern.

Stichwort

Gewaltenteilung

Ein Bauprinzip der westlichen Demokratie ist die Gewaltenteilung: Exekutive, Legislative und Judikative. Unter Exekutive versteht man die „ausführende“ Gewalt – also die Regierungen, sie erhalten traditionell die größte öffentliche Aufmerksamkeit, gleich gefolgt von der Legislative, der „gesetzgebenden“ Gewalt in den Par-

lamenten. Dagegen tut sich die Judikative, die unabhängige Rechtsprechung, schwer. Rechtsmaterie ist komplex, auch die Sprache der Juristen erschließt sich nicht immer leicht. Instanzenwege erhöhen zwar die Qualität der Rechtsprechung, tun aber ein übriges, das Verständnis für das Zustandekommen rechtsgültiger Urteile zu erschweren.

Auch hier will das „Forum Recht“ ansetzen und mithelfen, über die Bedeutung einer wirkungsvollen Rechtsprechung für die Gesellschaft zu informieren. BNN



KUNDGEBUNGEN begleitete den Auftakt des Prozesses gegen Journalisten der kritischen türkischen Zeitung „Cumhuriyet“. Foto: dpa